



Rüstungsstopp sorgt SVP-intern für Ärger

Mit einem Rüstungsmoratorium will die SVP Samuel Schmid aus dem Bundesrat vertreiben. Doch viele ihrer Parlamentarier spielen nicht mit. Selbst die Parteileitung ist gespalten.

Von **Iwan Städler**

Seit der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat tut sich die SVP schwer: Erst drohte sie wortgewaltig mit dem Referendum gegen die Personenfreizügigkeit und verzichtete schliesslich doch darauf – zur Enttäuschung vieler Mitglieder. Dann verbiss sie sich in den Ausschluss von Eveline Widmer-Schlumpf, was zur Parteispaltung führte. Und jetzt deutet vieles darauf hin, dass auch die Straffraktion gegen Samuel Schmid zum Bumerang für die SVP wird.

Eigentlich hätte es einer jener Paukenschläge werden sollen, welche die Partei so liebt: «Die SVP will die Sistierung der Beratung aller Rüstungskredite und Kredite für militärische Bauten, solange Bundesrat Schmid Vorsteher des VBS ist», verkündete die Partei am letzten Freitag (TA vom Samstag). So will sie ihren ehemaligen Fraktionschef und Bundesrat zermürben, damit dieser möglichst rasch das Handtuch wirft.

SVP-Ständeräte gehorchen nicht

Möglicherweise schadet die SVP mit ihrer Forderung aber sich selbst mehr als Samuel Schmid. Denn bis anhin galt sie bei den Wählerinnen und Wählern als verlässliche Partnerin der Armee. Das sehen nun viele in Frage gestellt. Auch unter den SVP-Parlamentariern ist der Unmut gross, wie eine Umfrage des TA zeigt.

«Das ist eine personalpolitische Erpres-

sung, die mit Sachpolitik nichts zu tun hat», kritisiert etwa der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht. «Man schlägt den Sack und meint den Esel.» Für Kuprecht ist daher klar, dass er – Parteidoktrin hin oder her – Rüstungskrediten weiterhin zustimmen wird. Auch sein Aargauer Kollege Maximilian Reimann sagt: «Ich lasse mir von der Parteileitung nicht diktieren, wie ich stimmen soll.»

Jetzt plötzlich mit den Linken zu stimmen, komme einem Slalom gleich, den man sonst den Mitteparteien vorwerfe, findet der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann. Er wolle dagegen glaubwürdig bleiben und mache nicht mit.

Von den sechs SVP-Ständeherrn bekannte sich gestern einzig This Jenny zum Rüstungsmoratorium – allerdings mit einer anderen Begründung als jener der Parteileitung: «Ich bin bei Rüstungskrediten ohnehin sehr kritisch. Man sollte sie nicht nur sistieren, sondern massiv kürzen – nicht bloss wegen Samuel Schmid», findet der Glarner. Der Thurgauer Hermann Bürgi und der Bündner Christoffel Brändli waren gestern in Indien und nicht erreichbar.

Joder will bei Brunner intervenieren

Für Hannes Germann ist ohnehin klar, dass der Ständerat am Rüstungsprogramm festhalten wird, das er im Juni beschlossen hat. Der Nationalrat könne die Kredite aber auch im Alleingang bodigen. Dort verfügen SVP, SP und Grüne zusammen über eine komfortable Mehrheit. Es gibt allerdings auch im Nationalrat SVP-Stimmen, die nicht mitmachen wollen.

Etwa Thomas Hurter: «Ich stimme nichts zu, was die Verteidigungsbereitschaft der Armee einschränkt», sagt der Schaffhauser. Auch der Zürcher Bruno Zuppiger will genau hinschauen, was er sistiert und was nicht. Die Partei habe zwar alles Interesse, dass Samuel Schmid

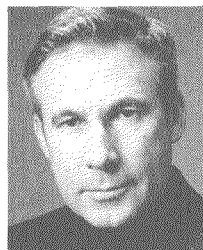
möglichst schnell zurücktrete. Zuppiger kann daher «ein bisschen nachvollziehen», dass die SVP Druck macht. In der Praxis müsse man aber jeden Einzelfall prüfen, ob er dringlich sei oder nicht. «Es gibt durchaus Dinge, die empfindlich sein können für die Armee», gibt der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats zu bedenken.

Etliche der vom TA befragten Parlamentarier spüren an der Parteibasis Unverständnis. Möglicherweise ermuntere die Forderung nach einem Rüstungsmoratorium weitere Parteimitglieder, sich abzuspalten und zur Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) überzutreten. Besonders gefährdet ist diesbezüglich die Berner SVP. «Dieser Stil entspricht nicht unserer Art von Politik», betont ihr Präsident Nationalrat Rudolf Joder. Für ihn ist daher klar: «Ich helfe nicht, die Armee zu schwächen.»

Stattdessen will Joder bei einem Treffen morgen Mittwoch Parteipräsident Toni Brunner «klar sagen, dass es so nicht geht». Derart wichtige Fragen müsse man erst in der Fraktion besprechen. Das finden auch die meisten anderen vom TA befragten SVP-Parlamentarier. Und so dürfte die Partei an ihrer nächsten Fraktionssitzung einiges zu diskutieren haben.

Amstutz will Armee nicht strafen

Nicht einmal die Parteileitung steht geschlossen hinter der Forderung, die Rüstungskredite erst dann zu beraten, wenn Samuel Schmid abgetreten ist. «Man muss die verschiedenen Rüstungsgeschäfte differenziert anschauen», sagt Vizepräsident Adrian Amstutz. «Es wäre falsch, die Armee zu strafen.» Die Parteileitung habe der Forderung im Grundsatz zwar zugestimmt. Offensichtlich gibt es aber auch dort unterschiedliche Meinungen.



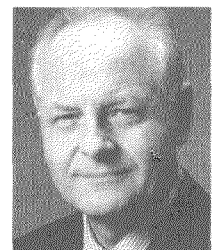
Adrian Amstutz.



Bruno Zuppiger.



H. Germann.



Rudolf Joder.